

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

Finanzkommission berät Aufträge im Steuerbereich

Solothurn, 22. Oktober 2015 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) befasste sich mit drei Aufträgen, die den Steuerbereich betreffen. Gefordert wird die Beendigung der Steuerdatenaufbereitung durch ausländische Konzerne, die Möglichkeit die Steuererklärung vollständig online auszufüllen und die Abschaffung der Lohnmeldepflicht.

Der Auftrag von Manfred Küng (SVP, Kriegstetten) "Beendigung der Steuerdatenaufbereitung durch ausländische Konzerne" fordert, dass die Auslagerung der Steuer-Datenerfassung (Steuer-Scanning) an RR Donelley in Urdorf als Tochtergesellschaft eines US-Konzerns so rasch als möglich beendet wird. Die FIKO hat zur Kenntnis genommen, dass die Ausschreibung für eine neue Steuerapplikation bereits läuft, dass die Planung für die Ausschreibung "Scanning Steuerdaten" in Arbeit ist und dass im Sinne einer Sofortmassnahme die eingescannten Daten inzwischen nicht mehr extern, sondern im Kanton gespeichert werden. Sie beantragt deshalb dem Kantonsrat, den Vorstoss mit geändertem Wortlaut erheblich zu erklären. Der Regierungsrat soll beauftragt werden, die Steuerdatenerfassung bis zur Einführung der neuen Steuerapplikation, spätestens Ende März 2020, neu zu organisieren. Dabei hat er neben der Wirtschaftlichkeit auch der Datensicherheit besondere Beachtung zu schenken. Er hat sicherzustellen, dass keine fremden Staaten – unter Verletzung von schweizerischem Recht – Zugriff auf die Steuerdaten erhalten können.

Beim Auftrag von Simon Bürki (SP, Biberist) "Steuererklärung vollständig online ausfüllen und einreichen" folgte die Kommission dem Antrag des Regierungsrats, der die nötigen Regelungen sowie einen Zeitplan zur Einführung der elektronischen Steuererklärung vorlegen will. Die Kommission bedauert, dass es nicht oder nur mit grossem finanziellen Aufwand möglich wäre, die elektronische Steuererklärung schneller zu realisieren.

Ebenfalls folgte sie dem Antrag des Regierungsrates zum Auftrag der Fraktion FDP. Die Liberalen zur Abschaffung der Lohnmeldepflicht, der nicht erheblich erklärt werden soll. Da die Lohndaten unter anderem bereits an AHV und SUVA gemeldet werden müssen, bedeutet es für die Unternehmen kaum bürokratischen Mehraufwand, den Lohnausweis auch dem Steueramt zukommen zu lassen. Der Kanton aber profitiert von Mehrerträgen von rund einer Million Franken. Ausserdem nimmt die Steuergerechtigkeit dadurch zu, weil diverse Nebeneinkommen zusätzlich versteuert werden.